

51 Prozent

Das «Fräulein» ist weg, der Sexismus geblieben



Nicole Althaus

Ich bin eine mittelalterliche weisse Frau. Das ist nicht ganz so verdächtig, wie wenn ich ein mittelalterlicher weisser Mann wäre. Aber es ist doch privilegiert genug, dass ich jedes meiner Worte auf die Goldwaage legen und - aufgrund meines Status - nach Ignoranz absuchen muss. Ich korrigiere mich deshalb hier gleich selber: Ich bin eine mittelalterliche, mitteleuropäische, weisse Cis-Frau (meine Genderidentität stimmt mit dem bei Geburt zugewiesenen Geschlecht überein) und ich nehme bei der Olympiade der Unterdrückung einen der letzten Plätze ein.

Kürzlich wurde ich denn auch dafür kritisiert, dass ich an einer Veranstaltung nur von «Frauen» gesprochen habe und die zusätzlich dem Rassismus ausgesetzten «farbigen Frauen» einfach mitgemeint habe. Zudem habe ich bei der Problematisierung von Sexismus die Queer-Personen (also alle nicht heterosexuellen und Cis-Gender-Minoritäten) unerwähnt gelassen und so der Intersektionalität, also der Überschneidung und Addierung von Formen der Unterdrückung nicht Rechnung getragen. Das tut mir leid.

Es war nicht meine Absicht, Menschen in Sachen Diskriminierung zu diskriminieren.

Die Ironie ist beabsichtigt. Ich finde den heutigen Status-Wettbewerb im Unterdrückungsdiskurs nämlich etwas befremdlich. Gibt er doch eine Steilvorlage für das omnipräsente Gejammer über politische Korrektheit ab. Das ist kontraproduktiv. Der Political-Correctness-Vorwurf nämlich wird in letzter Zeit gern von rechts aussen benutzt, um frauen- und ausländerfeindliche Gesinnung im Gewand der Aufklärung zu verbreiten. In diese Pseudo-Zensur-Debatte will ich deshalb nicht einstimmen, sondern einfach eine pragmatische Frage stellen: Was ausser einem akademischen summa cum laude ist gewonnen, wenn wir mindestens 95 Prozent der Menschen, die sich zweifelsfrei der heterosexuellen Mehrheit zuordnen, mit der Vorsilbe «Cis» markieren müssen, damit eine kleine Minderheit sich angemessen angesprochen fühlt?

Das ist keine akademische Diskussion. Die Zahl der Frauen nämlich wächst, die nicht für ihre Aussage oder politische Haltung, sondern einzig und allein für ihre Wortwahl an den Pranger gestellt werden. Jüngstes Beispiel ist die nigerianische Autorin und Feministin Chimamanda Ngozi Adichie, die angefeindet worden ist, weil sie in einem Interview sagte, Frausein habe nicht mit Anatomie, sondern mit Erfahrung zu tun. Das genügte, um einen Shitstorm loszutreten, in dem ihr vorgeworfen wurde, den Transfrauen den Status einer «richtigen Frau» abzuspochen. Die Sprach-Orthodoxie



Ich finde den heutigen Status-Wettbewerb im Unterdrückungsdiskurs etwas befremdlich.

hat Ngozi Adichie, die sich im Übrigen stets für die LGBT-Gemeinde starkgemacht hatte, unter Diskriminierungsverdacht gebracht: «Hätte ich gesagt, eine Cis-Frau macht andere Erfahrungen als eine Trans-Frau, hätte inhaltlich dieselbe Aussage keinen Aufstand ausgelöst», verteidigte sie sich kurz darauf und gab zu bedenken, dass immer öfter nur noch die Terminologie diktiert, ob eine Diskussion zustande komme oder nicht.

Als weisse mittelalterliche Frau finde ich das bedenklich. Als solche habe ich nämlich nicht nur das Privileg, kein Opfer von Rassismus und Homophobie zu werden, sondern auch alt genug zu sein, um erlebt zu haben, was der sprachliche Gleichstellungskampf alles nicht erreicht: Das «Fräulein» wurde zwar ausgerottet, der Sexismus aber hat überlebt. Die Krankenschwestern wurden durch Pflegefachfrauen ersetzt, aber Fürsorge ist Frauensache geblieben.

Wir hoffen, mit den Worten die negativen Zuschreibungen und mit den Zuschreibungen die Phänomene zu entsorgen: die Diskriminierung, den Sexismus, den Rassismus. Doch die Erziehung der Gesellschaft via Sprache ist beschränkt. Wer in Alltagsdiskussionen verbal sämtlichen Minderheiten und Unterschieden gerecht werden muss, kann keine Aussage mehr machen, die über die eigene Erfahrung hinaus Gültigkeit beansprucht. Politisch gesehen, kommt das einer Bankrotterklärung des Feminismus gleich.

Nicole Althaus ist stellvertretende Chefredaktorin der «NZZ am Sonntag».

Alles, was Recht ist

Gerechtigkeit gehört an den Stammtisch



Markus Felber

Friedrich Dürrenmatt brachte es in seinem Roman «Justiz» auf den Punkt: «Die Gerechtigkeit wohnt in einer Etage, zu der die Justiz keinen Zutritt hat.» Nicht dass die Justiz ungerecht wäre, aber sie ist für Gerechtigkeit nicht zuständig. Sie hat Streit zu schlichten, indem sie gesetzliche Regeln einigermassen nachvollziehbar und berechenbar anwendet. Als zuständig für Gerechtigkeit erachten sich andere - am Stammtisch, in Medien und vor allem auf der Bühne der Politik. Der anlaufende Wahlkampf in Deutschland lässt grüssen. Wer dort die Wahl gewinnt, wird übrigens als Kanzler oder als Kanzlerin darauf vereidigt, «Gerechtigkeit gegen (!) jedermann» zu üben.

Doch was ist überhaupt gerecht? Nehmen wir als Beispiel einen begüterten Vater mit zwei Söhnen. Der eine ist fleissig, hat sich ein Vermögen erarbeitet und zudem aufopfernd die Eltern gepflegt. Der andere ist ein fauler Taugenichts und schwer verschuldet. Ist es gerecht, wenn beide Söhne zu gleichen Teilen erben? Oder soll der Vater alles dem ersten vermachen, der ihn gepflegt hat, und dem zweiten nichts, weil der das Geld sowieso verprasst und den Gläubigern überlassen muss? Oder sollte vielmehr der zweite Sohn gleich alles erben, weil er ja gar nichts hat? Oder ist es vielleicht noch gerechter, Erbschaften zu hundert Prozent zu besteuern, damit jeder Mensch die gleiche Chance darauf hat, bei null anzufangen?

Auf eine positive Umschreibung der Gerechtigkeit wird die Gesellschaft sich nie verständigen können. Der negative Ansatz taugt schon eher. Der deutsche Philosoph Arthur Schopenhauer sagte, es wäre nie von Recht geredet worden, gäbe es kein Unrecht. Analog dazu ist Gerechtigkeit letztlich eine Art Worthülse für Abwesenheit von Ungerechtigkeit. Es wäre daher angezeigt und jedenfalls ehrlich, wenn Politiker sich auf die Bekämpfung von Unrecht bescheiden würden, statt grossmäulig die Schaffung von Gerechtigkeit zu versprechen.

Markus Felber war NZZ-Bundesgerichts-korrespondent.

Die E-Mail-Debatte

«Wieso soll die Pflicht nicht für Firmen gelten, die viel Geld verdienen?»

Jacqueline Badran findet, es brauche schärfere Regeln gegen Verleumdungen und Hass im Internet. Gregor Rutz kann diesen Kulturpessimismus nicht teilen

Gregor Rutz

Das Internet - und mit ihm die diversen Social-Media-Plattformen - erfreut sich grosser Beliebtheit. Aus demokratischer Sicht eine erfreuliche Entwicklung: Niemals zuvor hatten wir eine derartige Medienvielfalt, und nie war es für den einzelnen Bürger einfacher, seine Meinung zu äussern und öffentlich mitzudiskutieren. Dies belebt den demokratischen Diskurs. Doch immer häufiger stellen wir fest, dass es Menschen gibt, welche mit den tiefen Hüden des Internets nicht zurechtkommen und sich in strafbarer Weise äussern. Haben wir aus Ihrer Sicht in Bezug auf Beschimpfungen und Gehässigkeiten im Internet Handlungsbedarf, geschätzte Frau Badran?

Jacqueline Badran

Ja, bedauerlicherweise. Die Möglichkeit, sich in der Anonymität zu verstecken und sich trotzdem öffentlich zu äussern, bringt es mit sich, dass die Schranken des Anstands teilweise fallen. Nicht nur in Bezug auf Hass und Beschimpfungen, sondern auch in Bezug auf die Wahrheit. Die klassischen Medien können belangt werden, wenn sie Ehrverletzendes oder Unwahres publizieren. Diese Filterfunktion fällt in den sozialen Medien weitestgehend weg. Und zwar in einer Art, die in Bezug auf den Wahrheitsgehalt der Informationen bedrohlich ist für unsere Demokratie. Ja - in diesem Sinne haben wir Handlungsbedarf.

Gregor Rutz

Wie stellen Sie sich das denn vor? Oder anders gefragt: Was ist denn noch nicht geregelt? Wir haben zivil- und strafrechtliche Bestimmungen, welche meines Erachtens all diese Fälle erfassen. Dieselben Bestimmungen, die gegen ehrverletzende Äusserungen in Zeitungen und Fernsehen zum Zuge kommen, gelten auch für entsprechende Publikationen im Internet. Was richtig und was falsch ist, bleibt hingegen oft eine Frage der persönlichen Wahrnehmung. Wollen Sie denn hier eine Wahrheitspolizei

Debattierer



Jacqueline Badran, 55, ist Nationalrätin der SP aus dem Kanton Zürich. Die Biologin und Ökonomin führt ein eigenes Unternehmen im IT-Bereich.



Gregor Rutz, 44, ist SVP-Nationalrat aus dem Kanton Zürich. Der Jurist ist Unternehmer und Inhaber einer Agentur für Kommunikationsberatung.

einsetzen? Ich ärgere mich auch immer wieder über Publikationen, wo man über den Wahrheitsgehalt diskutieren kann - übrigens immer wieder auch aus der Bundesverwaltung. Aber falsche Einschätzungen zu haben, ist trotz allem kein Straftatbestand.

Jacqueline Badran

Grundsätzlich gibt es zwei Möglichkeiten. Man kann die Plattformen der Verbreitung im Internet, wie etwa Facebook oder Twitter, belangen, oder man kann die Verfasser büssen. An die Autoren von Verleumdungen oder von Fake-News kommt man fast nicht heran, weil sie sich in der Anonymität verstecken und weil die Plattformen deren Identität teilweise nicht bekanntgeben. Deutschland will nun neu die Bussandrohungen gegen solche Plattformen empfindlich erhöhen. Denn diese haben eigentlich die Pflicht, strafbare Inhalte zu löschen. Ich verstehe Leute nur halb, die sagen, man könne Diensten wie Facebook und Co. nicht zumuten, Polizei zu spielen. Die klassischen Medien müssen das ja auch. Wieso soll die Pflicht nicht für Firmen gelten, die viel Geld verdienen mit ihren Plattformen? Aber ich gebe zu, diese Frage ist nicht einfach zu beantworten. Besonders wenn es um Fake-News geht, die aber deutlich am schädlichsten für unsere Demokratie sind.

Gregor Rutz

Da begeben Sie sich auf gefährliches Terrain. Das wäre eine Kapitulation des Rechtsstaates: Es ist Aufgabe der verantwortlichen staatlichen Organe, die Rechtsordnung durchzusetzen. Dies kann und darf nicht an private Unternehmen delegiert werden. Unvermeidliche Folge wäre wohl eine relativ starke Zensur: Alles, was allenfalls heikel sein könnte, würde gelöscht. Wollen Sie das? Wohl kaum, denn das wäre für die Demokratie nicht gut. Darum ist auch hier Zurückhaltung angebracht. Wir haben die nötigen Gesetze, wir müssen sie nur durchsetzen. Was der deutsche Justizminister hier predigt, ist heisse Luft. Schade, denn so wird

weder das Vertrauen in die Politik noch in die Rechtsordnung gestärkt.

Jacqueline Badran

Und wie bitte soll die Schweiz rechtsstaatlich gegen terroristische Propaganda in den sozialen Netzwerken vorgehen, von jemandem, der sich beispielsweise in Syrien befindet? Nein, die Internetplattformen - wie alle anderen Unternehmen - trifft eine Verantwortung für ihre Produkte und Dienstleistungen. Sie sind es doch immer, der sofort Eigenverantwortung fordert. Meinungsäusserungsfreiheit ist zu schützen. Aber hier haben wir es mit etwas völlig Neuartigem zu tun, das nach neuen Antworten verlangt. Denn wir haben keine extraterritoriale Jurisdiktion. Bussen gegen die Betreiber solcher Internetplattformen sind zumindest diskussionswürdig. Nichtstun ist dagegen keine Option.

Gregor Rutz

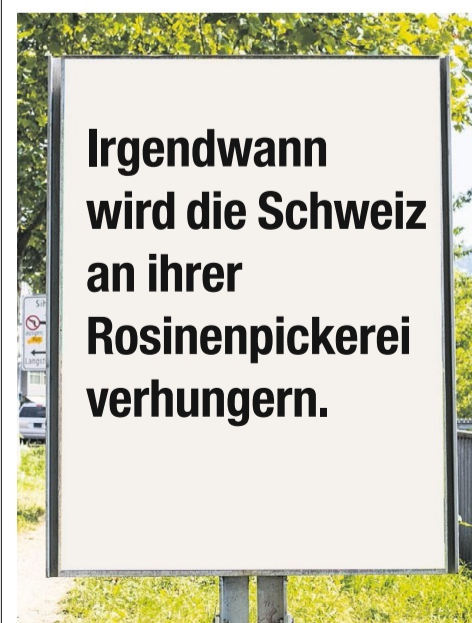
Terroristische Propaganda ist strafbar, schon mit den heutigen Gesetzen. Und Mitwirkungspflichten bestehen ebenfalls gemäss geltender Rechtsordnung. Da bringen Bussen wirklich nichts. Aber wieder zurück zu den da und dort auftretenden Beleidigungen oder saloppen Meldungen auf Twitter und Facebook: Offensichtlich sind die Hüden im Internet tief, und die Leute lassen sich immer wieder gehen. Ist unter diesen Umständen nicht allerhöchste Vorsicht bezüglich Abstimmen per Internet geboten? Ist das Internet wirklich der richtige Ort für die Stimmabgabe?

Jacqueline Badran

Das eine hat für mich nichts mit dem anderen zu tun. Wir haben einen globalen Hass-, Verleumdungs-, Fake-News- und Daten-Markt sowie Cyber-Kriminalität. Da reichen nationale Gesetze nicht. Das hat man kürzlich überdeutlich im Zusammenhang mit Online-Kasinos gesehen. Darauf brauchen wir ebenso globale Antworten und sollten dringender über Lösungen nachdenken.

Strittis Schlagzeile

Zu unseren Problemen bei den Verhandlungen mit der EU.



Hermann Strittmatter ist Gründer und Leiter der Werbeagentur GKK in Zürich.